

II-10519 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5120 13

ANFRAGE

1993 -07- 08

der Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend Lösung der österreichischen Atommüllproblematik

Der unter anderem aufgrund unseres Antrages eingerichtete "Atommüll-Unterausschuß" des Parlaments hat seit seiner Einsetzung im März 1992 leider bei weitem die selbstgesteckten Erwartungen nicht erfüllt. Aus diesem Grund fehlt nach wie vor z.B. eine Novellierung des Strahlenschutzgesetzes. Ohne maximale Minimierung, Vermeidung und Anwendung von Alternativen ist natürlich auch keine längst notwendige und mögliche Lösung des Atommüllager-Dilemmas in Sicht. Nicht zuletzt wegen des zu schaffenden Atommüll-Importverbotsgesetzes sind also rasche Aktivitäten gefragt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen deshalb an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE:

1. In den Salzburger Nachrichten vom 12. Mai 1993 werden Sie mit der Aussage zitiert, daß ein dahindösen der Parlamentarier zwischen "Winterschlaf, Frühjahrsmüdigkeit und Sommerurlaub" im Atommüllbereich vermieden werden soll. Die Einhaltung welchen Zeitrahmens würden Sie als notwendig erachten, um letztlich die -hinsichtlich der wachsenden Beunruhigung der Bevölkerung in diesen Fragen- rechtzeitige Umsetzung der Novellierung des Strahlenschutzgesetzes und des Atommüllimportverbotsgesetzes gewährleisten zu können?
2. Halten Sie es für sinnvoll, den Forschungsreaktor in Seibersdorf weiter in Betrieb zu halten, bzw. welcher Termin ist für dessen Stilllegung vorgesehen?
3. Was konkret beinhaltet das Entsorgungskonzept für den Reaktor nach seiner Stilllegung?
4. Wurde zwischenzeitlich die Rücknahme bzw. Entsorgung der abgebrannten Brennelemente des ASTRA-Reaktors geregelt, wenn ja in welcher Weise, bzw. wenn nein, welche Problemstellungen gibt es, bis wann und wie werden diese gelöst?
5. Am 12. 10. 1992 wurde in einer Besprechung zwischen Ministeriumsvertretern und dem "Bürgermeisterkomitee" bezüglich der Problematik Seibersdorf/Atommüll die Einberufung eines Nachbarschaftsbeirates vereinbart. Wann wird dieser Beirat nun einberufen, bzw. ist sichergestellt, daß Vertreter der örtlichen Bürgerinitiative eingeladen werden?

6. Wieviele Arbeitsplätze wären unter Berücksichtigung von möglichen Ersatzarbeitsplätzen im ÖFZS von der Schließung des Reaktors und der massiven Reduktion des Konditionierungsbereiches aufgrund einer Novellierung des Strahlenschutzgesetzes (maximale Vermeidung) betroffen?
7. Im Zusammenhang mit der vom Österreichischen Ökologieinstitut durchzuführenden "Altlastenerhebung" teilte das ÖFZS mit, daß das notwendige Datenmaterial dem Bundesministerium vorliege, und von diesem der Datentransfer ausgehen müsse. Wurden die Daten über Inhalt und Menge -aufgeschlüsselt nach Nukliden, Einzelfässern und Halbwertszeiten- der bereits bearbeiteten, zwischengelagerten Fässer, bereits übermittelt, und wenn nicht, bis wann wird dieses für die Altlastenerhebung und die Festsetzung der Endlagerkapazität wesentliche Grundlagenmaterial übermittelt?
8. Was konkret ist der Inhalt dieses Datenmaterials?